

Sonderdruck aus:

Forschung
im Spannungsfeld
von Politik und
Gesellschaft

Geschichte und Struktur
der Kaiser-Wilhelm-/
Max-Planck-Gesellschaft

herausgegeben
von Rudolf Vierhaus und
Bernhard vom Brocke

THOMAS STAMM-KUHLMANN

Deutsche Forschung und internationale Integration 1945–1955

I. IN DER NIEDERLAGE EINE CHANCE

Nach 1945 standen die Deutschen in ihren internationalen Wissenschaftsbeziehungen vor einer völlig anderen Situation als nach 1918. Ihre Niederlage war diesmal total, aber es kam ihnen eher zugute, als daß es ihnen schadete. Zumindest trifft dies für die Deutschen in den drei Westzonen zu:

Erstens waren durch die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland die Besatzungsmächte zu Treuhändern geworden. 1918 war dagegen das Deutsche Reich als Staat intakt geblieben, was die Regierungen und Bürger der alliierten Länder darauf hinarbeiten ließ, daß seine Isolation und Ächtung möglichst vollständig wurden. Die Treuhänderrolle am Ende des Zweiten Weltkriegs ließ dagegen besonders bei den Briten schon im ersten Winter paternalistische Gefühle gegenüber den Deutschen entstehen, die sich lernbereit und politisch kooperativ zeigten.¹

Zweitens profitierten die Deutschen in der Wissenschaft wie allgemein vom Ost-West-Konflikt, der ab Anfang des Jahres 1946 das entscheidende Faktum für die Deutschlandpolitik Londons und Washingtons wurde.² In diesem Rahmen gesehen, hatte es absoluten Vorrang, der Sowjetunion deutsche Forscher zu »verweigern«, während möglichst viel vom Potential der deutschen Forschung helfen sollte, die Macht des Westens zu vergrößern, ähnlich, wie eine Erholung der deutschen Wirtschaft für die Stärkung Westeuropas bald als notwendig angesehen wurde.

Drittens wurde der Wiederaufbau Westeuropas bereits mit der Absicht einer möglichst großen Integration der Völker und Staaten zwischen Elbe und Pyrenäen begonnen. Es war klar, daß es eine europäische Einigung ohne Westdeutschland nicht geben konnte,³

1 Vgl. R. A. C. Parker, *British Attitudes to Germany 1944–1946*. In: Oswald Hauser (Hg.), *Das geteilte Deutschland in seinen internationalen Verflechtungen*. 15 Vorträge für die Ranke-Gesellschaft. Göttingen/Zürich 1987, S. 43.

2 Vgl. Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt 1941–1955* (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts). München 1982, S. 138 ff.; Falk Pingel, »Die Russen am Rhein?« Zur Wende der britischen Besatzungspolitik im Frühjahr 1946. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 30 (1982) S. 98–116.

3 Das sprach zum Beispiel Winston Churchill am 19. September 1946 in Zürich deutlich aus. Vgl. Walter Lippens, *Die Anfänge der europäischen Einigungsbewegung 1945–1950*. 1. Teil: 1945–1947. Stuttgart 1977, S. 316 f.

während man 1918 an einen Neubau der Dachverbände in den Wissenschaften gerade mit dem Ziel gegangen war, die Forscher der Mittelmächte auszuschließen. Artikel 3 der Satzung des Conseil International de Recherche sah diesen Ausschluß ausdrücklich vor.⁴

Als 1931 dieser Forschungsrat zum Internationalen Rat der Wissenschaftsunionen (ICSU/CIUS) umgebildet wurde, war die Boykottpolitik längst widerrufen. Trotzdem traten die Deutschen bis zum Zweiten Weltkrieg nicht bei. Nach dem Krieg war die Integration in den ICSU dann nur noch ein Einzelfall in einer umfassenden Integrationspolitik. Gegenüber der Zwischenkriegszeit, wo man nur den Völkerbund mit seinem Ausschuß für Geistige Zusammenarbeit gekannt hatte, spielten jetzt die völkerrechtlichen gouvernementalen Zusammenschlüsse eine viel größere Rolle, von der UNESCO im Weltmaßstab bis zur OEEC und EURATOM auf europäischem Boden.

So brachte die totale Niederlage eine doppelte Chance: Nicht nur zum Neubeginn in der Ausgestaltung der wissenschaftlichen Einrichtungen, sondern auch in der Verflechtung Deutschlands mit dem Ausland. Nach Versailles und auch noch nach Locarno verharrten viele deutsche Professoren in einem trotzigen Gegen-Boykott, sie flüchteten sich in den Glauben an einen deutschen »Sonderweg« zwischen West und Ost.⁵ Sie unternahmen alle nur denkbaren organisatorischen Anstrengungen, um trotz schrumpfender Mittel die Weltgeltung der deutschen Forschung zu verteidigen. 1945 gab es für die deutschen Gelehrten keinen Grund mehr zu falschem Stolz. Die Sieger mußten sie zwar erst durch Restriktionen zu ihrem Glück zwingen, aber der qualitative Sprung, der sich seit 1945 in der Entstehung zwischenstaatlicher und supranationaler Organisationen zeigte, schuf bald vor allem den deutschen Naturwissenschaftlern ein Forum, auf dem sie unbelastet von Neid- und Haßgefühlen einen neuen Anfang wagen konnten.

Mit dem Versailler Vertrag war der erste Versuch unternommen worden, Deutschland zu bändigen. Das betraf auch seine Fähigkeit, rüstungstechnisch den nächsten Krieg vorzubereiten. Dieser Versuch war gescheitert. 1945 schienen die Siegermächte bessere Voraussetzungen zu haben, denn diesmal war eine totale Kontrolle des deutschen Territoriums gegeben. Trotzdem hielten zumindest die britischen Experten eine vollständige Überwachung der deutschen Forschungsaktivitäten, ohne Unterscheidung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung, für unmöglich. Ein solcher Vorsatz, so formulierten sie, »would tend to defeat its own object«. In einer Vorlage für das Kabinett vom 8. November 1945, gezeichnet von Außenminister Ernest Bevin, hieß es außerdem, für die Kontrolle solle man sich auf bestimmte als gefährlich erkannte Gebiete beschränken und diese festlegen. Auf den übrigen Gebieten solle man der deutschen Forschung »free play« einräumen,

»at the same time encouraging the publication of the results of research and the restoration of channels of communication between German science and the outside world.«⁶

4 Vgl. Brigitte Schroeder-Gudehus, Challenges to Transnational Loyalties: International Organizations after the First World War. *Science Studies* 3 (1973) S. 96, und dies. in diesem Band S. 858 ff.

5 Über Sonderweg und Sonderbewußtsein u. a. Kurt Sontheimer, Ein deutscher Sonderweg? In: Werner Weidenfeld (Hg.), *Die Identität der Deutschen* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 200). Bonn 1983, S. 324–335.

6 Overseas Reconstruction Committee (45) 41. Public Record Office, London FO 371/45696-6584.

Zu dieser Zeit schien der Geist der amerikanischen Besatzungspolitik noch von der allgemeinen Direktive JCS 1067 der Vereinigten Stabschefs beherrscht, in der der Niederhaltungs- und Bestrafungsaspekt noch stärker zu spüren war.⁷ Die Briten waren deshalb überrascht, wie problemlos man sich am 29. April 1946 im Alliierten Kontrollrat in Berlin über das Gesetz Nr. 25 einigen konnte, das im wesentlichen die britische Linie eines allgemeinen Gewährenlassens und einer Kontrolle nur in spezifischen Bereichen der Forschung übernahm⁸.

Zu den ersten Maßnahmen der Engländer in ihrer eigenen Zone gehörte, daß sie die Wiedergründung wissenschaftlicher Fachgesellschaften förderten. Dies geschah auch unter dem Gesichtspunkt, daß Dachgesellschaften die Anknüpfung von Kontakten zu ausländischen Forschern erleichterten. Oberst Bertie K. Blount, ab 1948 Leiter der »Research Branch« in der britischen Militärregierung, hatte 1931 in Frankfurt am Main im Fach Chemie promoviert. Chemie bildete das Fach, in dem der Einfluß des Deutschen als Wissenschaftssprache am größten war. Das gründete sich unter anderem darauf, daß die Standardnachschatzwerke »Gmelin« und »Beilstein« bis zuletzt auf Deutsch erschienen waren. Es war darum auch eine Geste der Anerkennung für die deutsche chemische Wissenschaft, wenn Blount die englischen Chemiker Alexander R. Todd und Harry J. Emelius zur Gründungsveranstaltung der Gesellschaft Deutscher Chemiker einlud und die beiden, die ebenfalls mehrere Semester in Deutschland verbracht hatten, Vorträge in deutscher Sprache hielten.⁹

Der Chemiker und Vorstandsvorsitzende der Farbwerke Hoechst, Karl Winnacker, berichtet, daß die Genehmigung zur Neugründung wissenschaftlicher Gesellschaften und zur Neueröffnung alter Institutionen in der Britischen Zone »am schnellsten und großzügigsten« erteilt wurde. »Nach der Zusammenfassung . . . zur Bizone kam es dann zu größeren Vereinigungen, die sich schließlich auch auf die Französische Besatzungszone ausdehnen konnten.«¹⁰ Diese Großzügigkeit der britischen Behörden machte das Weiterleben der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihres nach Göttingen versprengten Führungstabs erst möglich. Auch die Einschaltung britischer Gelehrter konnte nicht verhindern, daß der Name »Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft« abgelegt werden mußte. Der respektable Vorschlag, unter dem Namen »Max Planck« eine Nachfolgegesellschaft ins Leben zu rufen, kam von Sir Henry Dale, dem Nobelpreisträger für Medizin.¹¹

Vgl. auch Jürgen Brautmeier, *Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1961* (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 10). Düsseldorf 1983, S. 19.

7 Das Dokument gedruckt in: Beate Ruhm van Oppen (Hg.), *Documents on Germany under Occupation 1945–1954*. London 1955, S. 13–27. Zur Entstehungsgeschichte vgl. Friedrich Jerchow,

8 *Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947. Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und die Anfänge der westdeutschen Außenwirtschaft*. Düsseldorf 1978, S. 120–129.

8 Der Gesetzestext im Amtsblatt des Kontrollrats 1946, S. 138–143. Zur Entstehung vgl. Brautmeier, S. 21.

9 Vgl. Brautmeier, S. 189.

10 Karl Winnacker, *Nie den Mut verlieren! Erinnerungen an Schicksalsjahre der deutschen Chemie*. Düsseldorf/Wien 1971, S. 298.

11 Vgl. Bertie K. Blount, *Ursprung der Max-Planck-Gesellschaft*. Unveröffentl. Aufzeichnung, MPG-Archiv.

Nach der Trennung vom monarchischen Namen sollte den deutschen Wissenschaftlern als nächstes der Verzicht auf ihre zentralistische Organisationsform abverlangt werden. General Lucius D. Clay, seit 1947 der amerikanische Militärgouverneur, legte das Gesetz Nr. 25 sehr gewissenhaft aus.¹² Clay hatte offensichtlich auch nicht vergessen, daß eines der wesentlichen auf der Potsdamer Konferenz festgelegten Ziele lautete, die politischen und gesellschaftlichen Strukturen in Deutschland müßten dezentralisiert werden. In Clays Augen wurde durch den »controlling body« einer Generalverwaltung, wie sie Ernst Telschow und Otto Hahn aufrechtzuerhalten suchten, zuviel Macht angehäuft. Gegen eine Weiterführung der Forschung in den einzelnen Instituten hatte er nichts einzuwenden. General Clay versicherte gegenüber Otto Hahn, daß er nicht vorhabe, die Forschung in Deutschland zu ächten:

»The search for truth in the field of science is the undeniable right of all peoples and when pursued with intellectual integrity, with unselfishness and with the purpose of contributing toward the happiness of mankind, adds to the establishment of a lasting world peace. Those German scientists who in this manner have carried on the search for truth I encourage to continue their work, to publish the results of their progress, to interchange views with scientists working towards the same end and by their example to inspire their students and colleagues to realize and accept the ideals of a true scientist.«¹³

In diesen Worten des amerikanischen Generals ist mit Bedacht ein idealistisches Bild von der Internationale der Wissenschaft gezeichnet: voll edler Zier, allen anderen ein Muster an Offenheit, Austausch und Zusammenarbeit. Solche Zusammenarbeit kriegsrischen Zielen zuzuführen, wäre schon vom Begriff her undenkbar. In dieser Idylle stören ein paar verstockte Bösewichter und Unbelehrbare, denen man auf die Schliche kommen und das Handwerk legen muß. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde zu einer Gefahr, wenn sich solche Unbelehrbaren in ihrer Zentrale einnisteten und ihre Tentakel nach der Forschung ausstreckten, so wie andere es bis 1945 in den Zentralen der IG Farben und der Vereinigten Stahlwerke getan hatten.

Die Verschwörungstheorie, von der die Deutschen so ausgiebig Gebrauch gemacht hatten, wurde also Otto Hahn in einer neuen Variante von General Clay entgegengehalten, während Clay gleichzeitig mit dem Lob aller »friedfertigen« Bestrebungen dem Protest Otto Hahns die Basis zu entziehen suchte. In Wirklichkeit lassen sich Licht und Finsternis nicht so leicht voneinander scheiden, und das wußte auch General Clay. Ein Engländer hatte dies schon festgestellt, bevor der Kompromiß aus einer großzügigen Behandlung der Grundlagenforschung und scharfen Kontrolle aller anwendungsbezogenen Arbeiten verabschiedet war, der die Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 bildete. Dieser nüchterne britische Regierungsexperte wies darauf hin, daß die Deutschen auch ohne Nazis schon einmal einen Weltkrieg zuwege gebracht hätten. Vor allem gebe es keine Gewähr dafür, daß sogenannte »friedliche« Forschung nicht im Handumdrehen wieder kriegerischen Zwecken zugeführt werden könne. Wenn man

12 Vgl. Clarence G. Lasby, *Project Paperclip. German Scientists and the Cold War*. New York 1971, S. 165. Zu Clays Einstellung gegenüber JCS 1067 vgl. John H. Backer, *Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik 1945–1949*. München 1983, S. 72f.; Wolfgang Krieger, *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte Bd. 10)*. Stuttgart 1987, S. 92, 98.

13 Clay an Otto Hahn, 24. April 1947, MPG-Archiv.

überhaupt das zweifelhafte Unternehmen der Forschungskontrolle in Angriff nehme, dann müsse man folgendes bedenken:

»If we are going to put a ban on any German scientists, we surely ought not to allow the military scientists to go on experimenting on ›peaceful‹ inventions and so keep their hands in to switch over to unpeaceful inventions the moment we leave Germany . . . All scientists who were engaged on military research should be debarred from further scientific work of any description.«¹⁴

Diese Stellungnahme kam natürlich der Wahrheit sehr nahe. Es gibt keine Wesensverschiedenheit zwischen friedlicher und kriegerischer Forschung. 1955 wurde der Handel, den Bundeskanzler Konrad Adenauer mit den Westmächten ausgemacht hatte, perfekt: Im Tausch gegen die volle völkerrechtliche Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verpflichtete er sie zu ihrem Wehrbeitrag in der NATO. Das Militärische Sicherheitsamt, das im Auftrag der Alliierten Hohen Kommission die Kontrolle auch der Forschung ausgeübt hatte, stellte seine Arbeit ein. Alte Soldaten zogen wieder die Uniform an. Es ließ sich nicht mehr verhindern, daß ehemalige Rüstungsforscher zu vielen ihrer Projekte zurückkehrten. Und überhaupt: Lange bevor Clay seine idealistischen Worte fand, waren deutsche Rüstungsexperten im Dienst der Großmächte in Ost und West mit dem Bau von Raketen und Düsenjägern voll beschäftigt.¹⁵

Wenn man von den offiziellen Vertretern der Besatzungsmächte wie Oberst Blount absieht, gab es keine organisierte Fürsprache internationaler oder außerdeutscher wissenschaftlicher Gremien, die zur Rettung der KWG aufgefordert hätte. Nur zehn deutsche Nobelpreisträger fanden sich zu einem Telegramm an General Clay zusammen. Die Unterstützung ausländischer Kollegen war aber auch über das verbindende Element »Nobelstiftung« nicht zu gewinnen. Es bedeutete für Otto Hahn schon einen Erfolg, daß er im Dezember 1946 zur Entgegennahme seines eigenen Nobelpreises nach Stockholm reisen durfte. In seiner Dankesrede äußerte er seine Freude darüber, daß einzelne Deutsche nach England zu einer Newton-Feier und zu einem Röntgen-Kongreß eingeladen worden seien.¹⁶

Die Protokolle der Gründungsversammlungen der Max-Planck-Gesellschaft für die Britische Zone (11. September 1946) und der bizonalen Max-Planck-Gesellschaft (26. Februar 1948) verzeichnen die Teilnahme anderer ausländischer Gäste als der Kontrolloffiziere nicht. Der Berner Physiologe Alexander von Muralt und der Schwede Nils Hermann Nilsson-Ehle hatten ihre Eigenschaft als Auswärtige Wissenschaftliche Mitglieder der KWG niemals aufgegeben. Doch auf der Liste der Senatoren der neuen Max-Planck-Gesellschaft erscheinen ihre Namen nicht.

Anders als die Lage der Deutschen insgesamt, wies die Situation der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nach 1945 deutliche Parallelen zu ihrer Lage am Ende des Ersten Weltkriegs auf. Beide Male hatte sich die KWG mit den Kriegsanstrengungen des Deut-

14 Bemerkung zum EIPS-Bericht (45) 28. Public Record Office, FO 371/45696-6584.

15 Über die Auswertung deutscher Forschungskapazität durch die Amerikaner, Russen, Franzosen und Engländer siehe Lasby; Adalbert Bärwolf, Da hilft nur beten. Düsseldorf 1956; Heinz Barwich, Das rote Atom. München/Wien 1967; Michel Bar-Zohar, Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler. Berlin 1966 (zuerst frz.: La chasse aux savants allemands. Paris 1965; engl.: The hunt for German Scientists. New York 1967), Christopher Simpson, Blowback. America's Recruitment of Nazis and Its Effects on the Cold War. London 1988, S. 27-39.

16 Otto Hahn, Mein Leben. München 1968, S. 208.

schen Reiches identifiziert, und beide Male war der Ruf einzelner ihrer prominenten Mitglieder im Ausland besser als der Ruf der Organisation insgesamt. Die Rolle, die nach dem Ersten Weltkrieg Adolf von Harnack und Fritz Haber spielten, sollte nach 1945 Otto Hahn und Werner Heisenberg zufallen.

Die Aufnahme der deutschen Forschung in die internationale Gemeinschaft mit ihren schnellen Erfolgen, aber auch ihren Reibungspunkten, wird also nur verstehbar, wenn wir die vielen anderen organisatorischen Gliederungen und Kommunikationskanäle berücksichtigen, die es für Wissenschaft und Forschung neben der Kaiser-Wilhelm- und Max-Planck-Gesellschaft gab.

Bis 1949 lebten die Deutschen in ihren Besatzungszonen und blieben dabei Staatsangehörige eines imaginären »Deutschland«, ohne daß sie im Ausland oder bei internationalen und supranationalen Gremien von einer eigenen Regierung hätten vertreten werden können. Es war klar, daß in einem quasi-staatslosen Zustand den Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft doppelte Bedeutung zukam, wenn es darum ging, für die Forscher eine angemessene Repräsentation zu gewährleisten¹⁷.

Jedoch wurden auch die Selbstverwaltungsorganisationen durch die Zonengrenzen massiv behindert, und es dauerte bis 1949, daß eine Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, eine Westdeutsche Rektorenkonferenz und eine Max-Planck-Gesellschaft in der Lage waren, für ganz Westdeutschland zu sprechen. Bevor also die Bundesrepublik gegründet und ihre Organe eingesetzt waren, war auch auf dem Gebiet der Selbstverwaltung noch nicht viel geschehen.

Wir haben davon auszugehen, daß die beschleunigte Wiedenzulassung der disziplinären Einzelverbände, wie sie die Briten schon 1946 in die Wege leiteten, bis 1949 die wichtigste Hilfe war, die sich der deutschen Wissenschaft bot, Beziehungen zum Ausland zu knüpfen. Alles andere war durch das Wohlwollen der Forschungskontrollbehörden vermittelter Einzelkontakt oder das Ergebnis von Aktionen, denen der Wohltätigkeitscharakter deutlich anzumerken war. Freien Reiseverkehr für Bürger der Bundesrepublik Deutschland gab es erst ab 1951 wieder.¹⁸ Auch nach der Währungsreform bildete die Beschaffung von Devisen ein ernstes Problem, das selbst für eine Reise nach Amsterdam oder Zürich umständliche Vorbereitungen erforderlich machte. Einzelne Bücherspenden, die vor allem mit politisch-pädagogischer Absicht gekommen waren, reichten nicht aus, den Nachholbedarf an Wissen zu decken. Auch devisensparende Erfindungen wie die UNESCO-Bücherschecks¹⁹ füllten die Lücke nicht.

Gab es eine deutsche Fachgesellschaft, dann bedeutete es noch lange nicht, daß sie auch gleich Mitglied der entsprechenden internationalen Organisation werden konnte. Dazu war wieder Geld nötig, das man nicht besaß. Auf der ersten Tagung, die die 1919 gegründete Internationale Astronomische Union 1948 in Zürich abhielt, waren zwar

¹⁷ Vgl. dazu Thomas Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965*. Köln 1981. Besonders S. 69, S. 155–157.

¹⁸ Vgl. Keesings Archiv der Gegenwart vom 24. November 1950, S. 2685 J.

¹⁹ Mit sogenannten Bücherschecks, Apparateschecks oder Reiseschecks versuchte die UNESCO, devisenschwachen Ländern den Import wissenschaftlichen Materials und notwendige Forschungsreisen zu ermöglichen. Vgl. Aufzeichnungen über die Besprechung in der Geschäftsstelle der Deutschen Forschungsgemeinschaft am 15. April 1952 mit Repräsentanten von UNESCO, Bundesministerien, DFG und Bank Deutscher Länder. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) Bonn, Kulturabteilung 288.

mehrere deutsche Professoren geladen, doch hatte man sie als Einzelgäste kommen lassen. Überdies hatten die Ausländer den Deutschen die ganzen von der Grenze ab entstehenden Kosten bezahlen müssen.²⁰

II. FORSCHUNGSRAT UND NOTGEMEINSCHAFT REPRÄSENTIEREN DIE DEUTSCHEN WISSENSCHAFTLER

Natürlich vollzog sich die Formierung der Dachverbände in der Selbstverwaltung auch im Hinblick auf die Repräsentation der deutschen Wissenschaft gegenüber dem Ausland. Aus einer gemeinsamen Aktion der Universitätsrektoren und der Kultusminister der Länder entstand zunächst am 11. Januar 1949 die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Sie knüpfte mit Bedacht an die Vorläuferorganisation der Weimarer Zeit an. Die Repräsentation trat hier hinter der Förderung von Einzelprojekten zurück. Repräsentation stand mehr beim Deutschen Forschungsrat (DFR) im Vordergrund, der sich am 9. März 1949 in Göttingen konstituierte und mit der Notgemeinschaft rivalisierte.

Anfangs hatte der Rat nur in bescheidener Weise die Militärregierung bei ihrer Arbeit unterstützen sollen. Im Jahre 1948 wuchs dennoch daraus die Idee, eine umfassende Vertretung der deutschen Forschung zu schaffen, die nach einem Programmpapier des Göttinger Physiologen Hermann Rein folgende Aufgaben wahrnehmen sollte:

»(Der Rat) ist die einzige von den deutschen Wissenschaftlern anerkannte Vertretung der wissenschaftlichen Forschung. . . . Der Wissenschaftliche Forschungsrat repräsentiert die Gesamtheit der wissenschaftlichen Forschung dem Ausland gegenüber und stellt jene Stelle dar, welche u. U. den Anschluß unserer Forschung an eine kommende internationale Forschungsgemeinschaft zu bewerkstelligen hat.«²¹

Die Mitglieder des Forschungsrats entwickelten ein kräftiges elitäres Selbstbewußtsein. Werner Heisenberg, der am energischsten für die Entstehung dieses Forschungsrats arbeitete und sein erster und einziger Präsident wurde, wandte sich gleich an die oberste Staatsspitze der Bundesrepublik Deutschland, die im Gründungsjahr des Forschungsrats gleichfalls ins Leben getreten war. Es gelang Heisenberg dabei, Otto Hahn mitzuziehen. Eine Delegation des Forschungsrats suchte Bundespräsident Theodor Heuss schon am 13. Dezember 1949 auf.²² Wichtiger als die Kontakte zu Heuss waren die Versuche Heisenbergs, eine enge Beziehung zu Bundeskanzler Adenauer herzustellen.²³

Soweit der Bund überhaupt eine Zuständigkeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung hatte (die Kultusminister der Länder bemühten sich, diese so eng wie möglich auszulegen), lag sie von der Systematik her beim Bundesministerium des Innern.

20 Vgl. Professor Albrecht Unsöld (Kiel) an das Auswärtige Amt. 7. Juli 1952, PA AA, Kulturabteilung 527.

21 »Vorschläge zur Gründung und Organisation eines wissenschaftlichen Forschungsrates (einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, welche als Vertretung der gesamten wissenschaftlichen Forschung zu gelten hat)«, datiert 24. Februar 1948, gez. F. H. Rein. MPG-Archiv, A2-IL 12.

22 Vgl. Hahn, *Mein Leben*, S. 222 f.

23 Vgl. Armin Hermann: *Die Jahrhundertwissenschaft. Werner Heisenberg und die Physik seiner Zeit*. Stuttgart 1977, S. 195 f.

Für ihre »ressortakzessorische Forschung« hatten die Fachministerien aber ebenfalls eigene Referate geschaffen. Und nun kam als neuestes noch die vom Forschungsrat verfochtene Idee, dem Bundeskanzler die Koordinierung der Forschungspolitik zu übertragen. Tatsächlich sah der Ansatz für den Bundeshaushalt 1950 im Einzelplan IV (Bundeskanzleramt) die ansehnliche Summe von 500 000 DM zugunsten der wissenschaftlichen Forschung vor. Adenauer erklärte im Bundeskabinett gegenüber den Einwendungen von Bundesinnenminister Gustav Heinemann, er wolle dieses Geld in seinem eigenen Etat haben, um damit seine Verbindung zum Forschungsrat zu pflegen. Im Oktober 1950 kam es zu einer Absprache zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium des Innern über die Errichtung eines Referats für wissenschaftliche Forschung im Bundeskanzleramt.²⁴

Seine enge Anlehnung an den Bundeskanzler machte den Forschungsrat bei den Kultusministern außerordentlich unbeliebt. Um den Forderungen der Kultusminister und der Wirtschaftsverbände nach einer reibungsfreien Spitzengliederung der deutschen Forschung nachzukommen, bildete der Forschungsrat zusammen mit der Notgemeinschaft einen Arbeitsausschuß. In diesem Gremium hatte man sich schon im Frühjahr 1950 mit der Frage zu befassen, wer denn nun endgültig die Außenvertretung der deutschen Forschung übernehmen sollte. Die Antwort ließ sich jetzt nicht mehr so leicht bis zum Ende der Querelen im Bundeskabinett und zwischen Notgemeinschaft und DFR aufschieben, denn diesmal hatte sich das Ausland gemeldet.

In der kurzen Zeit der Verständigungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg war es dem Auswärtigen Amt nicht gelungen, die Trotzhaltung der deutschen Professoren zu überwinden und den deutschen Beitritt zum Internationalen Rat der Wissenschaftsunionen durchzusetzen. Hitlers Machtergreifung mit dem bald folgenden Austritt aus dem Völkerbund beendete dann die Periode des Tauwetters endgültig, und so hatte es nie eine deutsche Mitgliedschaft im ICSU gegeben.

Mit der Gründung der Vereinten Nationen hatten die Sieger des Zweiten Weltkriegs einen neuen Anlauf unternommen, um die Staaten der Erde unter ein organisatorisches Dach zu bringen und die zukünftige Weltordnung auf Austausch und Kooperation auszurichten. Bei den Vereinten Nationen war kurzzeitig sogar die Idee aufgetaucht, eine eigene UNO-Sonderorganisation für die Naturwissenschaften zu etablieren, doch blieb es dann bei der einheitlichen Institution UNESCO, die sich um alle geistigen und künstlerischen Belange kümmern sollte.²⁵

Der Exekutivausschuß des ICSU hatte seine Arbeit mit einem Treffen am 4. Dezember 1945 in London wieder aufgenommen.²⁶ Noch während sich die UNESCO erst in ihrem Vorbereitungsstadium befand, wurden Kontakte mit dem ICSU geknüpft, die zu einer dauerhaften Vereinbarung führten. Das bedeutete den Einbau der überkommenen Wissenschaftlervertretung in das neue Gehäuse internationaler Organisation. Schon 1947 konnte UNESCO-Generaldirektor Julian Huxley in seinem Rechenschaftsbericht

24 Vgl. Hans Booms (Hg.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 2: 1950. Boppard 1984, S. 648.

25 United Nations Education, Science and Culture Organization: Report of the Director General on the Activities of the Organization in 1947. Presented to the Second Session of the General Conference at Mexico City November–December 1947. Paris 1947, S. 17.

26 Vgl. F. W. G. Baker, The International Council of Scientific Unions: A Brief Survey. 2nd printing. ICSU Secretariat. Paris 1982, S. 5.

auf die zahlreichen Zuwendungen verweisen, die der ICSU von seiten der UNESCO erhalten habe.²⁷

Am 8. Februar 1950 fragte der Verbindungsbeamte der ICSU zur UNESCO, Ronald G. Fraser, ehemals Mitarbeiter der britischen Militärregierung in Deutschland, beim Geschäftsführenden Vizepräsidenten der Notgemeinschaft, Kurt Zierold, an, wer in der Bundesrepublik Deutschland der nationale Ansprechpartner des ICSU sein könne. Fraser kannte auch den DFR und hielt ihn für geeignet, diese Aufgabe zu erfüllen.²⁸ Im gemeinsamen Ausschuß von Notgemeinschaft und Forschungsrat wurde dann am 30. April 1950 festgelegt, daß der Forschungsrat dasjenige Gremium sein solle, durch das der Bundesregierung die beiden deutschen Vertreter im ICSU vorgeschlagen wurden.²⁹

Der ICSU ruhte auf zwei Säulen: der nationalen Mitgliedschaft und der Mitgliedschaft durch die internationalen Fachunionen. Indirekt waren die einzelnen Staaten dadurch vertreten, daß ihre Fachverbände, die sich auf nationaler Ebene gebildet hatten, in internationalen Unionen zusammengeschlossen waren, die ihrerseits ihre Delegierten zu den Gremien des ICSU entsandten. Direkte Vertretung sollte durch die führende Akademie der Wissenschaften eines Landes oder eine vergleichbare Institution erfolgen. Die vier westdeutschen Akademien in Göttingen, Heidelberg, München und, ganz neu, in Mainz besaßen keine derart eindeutige Stellung, daß eine von ihnen zum unbezweifelbaren Sprecher der deutschen Wissenschaft qualifiziert gewesen wäre. Dieses Vakuum auszufüllen, hatte sich der Deutsche Forschungsrat vorgenommen.

Es gab aber noch eine Akademie der Wissenschaften in Deutschland, die einen gesamtdeutschen Repräsentationsanspruch sehr wohl angemeldet hatte, und zwar mit großem Elan. Diese Akademie befand sich allerdings nicht auf dem Boden der Bundesrepublik, sondern hatte ihren Sitz im Ostsektor von Berlin.

Die alte Preußische Akademie der Wissenschaften war offiziell keine Reichsangelegenheit gewesen, obwohl sie durch ihr großes Ansehen und durch die personellen Überschneidungen mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als führende deutsche Akademie hatte angesehen werden können. Dieses Kapital gedachten sich die Kontrolloffiziere der Sowjetischen Militär-Administration (SMAD) und die Funktionäre der KPD beziehungsweise der SED zunutze zu machen. Am 1. April 1946 wurde im Deutschen Theater zu Berlin die Deutsche Akademie der Wissenschaften (DAW) feierlich eröffnet. Sie erhielt massive Unterstützung der SMAD und der Zentralverwaltungen in der Sowjetischen Zone, und von Anfang an war das Ziel erkennbar, aus dieser Akademie mehr zu machen, als eine lockere Versammlung ehrwürdiger Berühmtheiten. Nach dem sowjetischen Modell sollte die DAW das führende Wissenschaftsgremium im kommunistischen Machtbereich, mit möglichst großer Ausstrahlung aber auch in Gesamtdeutschland, werden. Dadurch, daß die Deutsche Akademie sich als Rechtsnachfolgerin der Preußischen Akademie konstituierte, blieben ihr Adolf Butenandt, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue und Max Planck auf einfache Weise

27 Vgl. Report of the Director General, 1947, S. 8 f., S. 82.

28 Fraser an Zierold, 8. Februar 1950. Registratur DFG Bonn, DFG, A 60 H 2. Die Akten wurden vor ihrer Ablieferung an das Bundesarchiv (B-227) benutzt.

29 DFG-Referent Alexander Hocker an Staatssekretär Erich Wende, Bundesministerium des Innern, 18. Juli 1950, DFG A 60 H 2.

erhalten, und jeder einzelne von ihnen mußte sich schlüssig werden, wie er in Zukunft seine Beziehungen zu dieser Körperschaft definieren wollte.³⁰

Gleich von Beginn an wurde die Deutsche Akademie aus öffentlichen Mitteln stark gefördert. Unter Berufung auf Pläne Adolf von Harnacks versuchte man in Ostberlin, auch eventuell noch bestehende Loyalitäten gegenüber der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf die neue Akademie zu übertragen. Harnack hatte einmal geäußert, daß die Akademie auf Dauer mit der KWG verschmolzen werden müsse.³¹

Die Berliner Verwaltungs- und Repräsentationsinstanzen für Gesamtdeutschland waren untergegangen. An ihrer Stelle wollte die SED nun ihr »nationales Geistesforum« aufbieten, um der Welt zu beweisen, daß Berlin noch immer die Hauptstadt Deutschlands bildete. Die Akademie sollte ein Magnet auch für die Intellektuellen in den Westzonen sein.³² Entsprechend der Politik, die die SED allgemein bis 1949 und zum Teil noch darüber hinaus verfolgte, wurde die kommunistische Zielsetzung so weit wie möglich in humanistische Slogans gekleidet, um sie für die bürgerliche Intelligenz annehmbar zu machen.³³

Die Feierlichkeiten zum 250. Jahrestag der Gründung der Preußischen Akademie durch Leibniz gaben im Sommer 1950 Gelegenheit, die Ostberliner Institution noch einmal besonders herauszustellen. Nur in Berlin, so sollte die Welt glauben, war der Ort, an dem deutsche Spitzenforschung gedieh. Um die weltweiten Verbindungen der DAW zu unterstreichen, wählte man im Laufe des Jahres 28 ausländische Wissenschaftler zu korrespondierenden Mitgliedern. Dabei fällt auf, daß man auf eine sorgfältige Streuung bedacht war. Ebenso viele Gelehrte wurden aus England wie aus der UdSSR berufen. Auch die blockfreien Staaten Schweden, Schweiz und Irland berücksichtigte man.³⁴

Über die Intensität der Kontakte mit diesen Forschern im westlichen Ausland darf man sich jedoch keine zu großartigen Vorstellungen machen. Die Feierlichkeiten selbst, die zum Jubiläum in Ostberlin abgehalten wurden, wurden zum größten Teil von den Wissenschaftlern des Westens und auch des neutralen Auslands gemieden.³⁵ Der Genetiker Hans Nachtsheim klagte allerdings trotzdem in der »Neuen Zeitung«, es bestehe eine »Hypnotisierung der Gelehrtenwelt, die Akademie im Ostsektor repräsentiere noch die deutsche Wissenschaft.«³⁶ Nachtsheim, erst Abteilungsleiter, dann 1945 kommissarischer Direktor im Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie in Dahlem, hatte zunächst 1946 auch eine Professur an der alten Berliner Universität, der »Humboldt-Universität« Unter den Linden, angenommen, sich aber dann 1949 gleich vielen anderen für den Neuaufbau der Freien Universität in Dahlem entschieden.

Auf der Suche nach einer nationalen Mitgliedskörperschaft in Deutschland stand nun der ICSU vor der Verlegenheit zu entscheiden, ob er die Deutsche Akademie der Wis-

30 Vgl. Rudolf Landrock, *Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1945–1971*. 3 Bde. (Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft 1/1977, 2/1977, 3/1977). Erlangen 1977, S. 15, 417.

31 Vgl. Landrock, S. 19.

32 Vgl. Landrock, S. 13 ff.

33 Vgl. Landrock, S. 23.

34 Vgl. Landrock, S. 39 f.

35 Vgl. Landrock, S. 41, 43.

36 »Akademie und Staat«. In: *Die Neue Zeitung*, 11. Juli 1950. Zitiert nach: Landrock, S. 15.

senschaften übergehen und nur den Deutschen Forschungsrat als deutsche Vertretung anerkennen sollte. Dieses Problem stellte sich in allen internationalen Begegnungen, solange nicht die Existenz zweier deutscher Staaten eine allseits akzeptierte Tatsache war. In der Frage der Teilnahme an den Olympischen Spielen konnte man sich bekanntlich bis 1964 auf eine einzige gesamtdeutsche Mannschaft einigen. Von 1952 bis 1960 bildete, um ein anderes Beispiel zu erwähnen, der mehrheitlich aus Geschichtswissenschaftlern der Bundesrepublik zusammengesetzte »Verband der Historiker Deutschlands« die nationale Vertretung der gesamten deutschen Geschichtswissenschaft im Comité International des Sciences Historiques. Rund 40 Historiker mit »bürgerlicher« Orientierung aus der DDR sorgten durch ihre Mitgliedschaft im Historikerverband dafür, daß dieser gesamtdeutsche Anspruch eine Basis behielt. Erst 1959 stellte ein »Nationalkomitee der Historiker der DDR« den Antrag auf Mitgliedschaft im Comité International des Sciences Historiques.³⁷

Während also die deutsche Teilung weiterhin Probleme aufwarf, wurden innerhalb der Bundesrepublik die Dinge zunächst einfacher. Notgemeinschaft und Forschungsrat schlossen sich zur Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zusammen. In der Satzung der DFG vom 2. August 1951 wurde bestimmt, daß die DFG die »Verbindung der Forschung zur Wirtschaft und zur ausländischen Wissenschaft« wahrzunehmen habe. Das Organ der DFG, dem diese Aufgabe in Zukunft obliegen sollte, war der Senat, der den alten Forschungsrat fortsetzte.³⁸ Am 21. November 1951 und erneut am 27. Februar 1952 richtete die DFG wegen des Beitritts Schreiben an den ICSU³⁹, und auf der 6. Generalversammlung des ICSU vom 1./3. Oktober 1952 wurde die Deutsche Forschungsgemeinschaft als Nationales Mitglied begrüßt.⁴⁰

Doch schon am 4. Juli 1952 schrieb DFG-Präsident Ludwig Raiser zufrieden an die Bundesregierung:

»Die internationale Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten der Forschung hat sich in den letzten Jahren erfreulich gut entwickelt. Mit der Aufnahme der Bundesrepublik in den International Council of Scientific Unions und mit der Aufnahme deutscher wissenschaftlicher Gesellschaften oder Zusammenschlüsse in die unter dem Council arbeitenden Unionen sind die Beziehungen deutscher Forscher zu ausländischen Fachkollegen sehr gefestigt worden. Ein Beweis dafür ist die rege Teilnahme deutscher Forscher an wissenschaftlichen Kongressen und Tagungen im Ausland.«⁴¹

Für die Deutsche Akademie der Wissenschaften dauerte das Warten noch sehr viel länger. Im Verlauf der fünfziger Jahre verlor ihr gesamtdeutscher Anspruch unterdessen an

37 Vgl. Karl Dietrich Erdmann, *Die Ökumene der Historiker. Geschichte des Internationalen Historikerkongresses und des Comité International des Sciences Historiques* (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Phil.-Hist. Kl., 3. F., Nr. 158). Göttingen 1987, S. 339.

38 Die Satzung vom 2. August 1951 in: Kurt Zierold: *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Geschichte – Arbeitsweise – Kommentar*. Wiesbaden 1968, S. 555–561.

39 Die den ICSU betreffenden Akten der DFG waren mir nicht zugänglich. Die beiden Daten wurden mir freundlicherweise durch den Auslandsreferenten der DFG, Dr. Wiercimok, genannt. Eine gesonderte Darstellung der Verhandlungen der DFG mit dem ICSU ist ein Desiderat.

40 Schriftliche Auskunft des Executive Secretary des ICSU, Mr. F. W. G. Baker, vom 22. Mai 1985. Der ICSU besitzt dieser Auskunft zufolge keine Registratur über seine Korrespondenz aus der Zeit vor 1962.

41 Raiser an das Auswärtige Amt, 4. Juli 1952. PA AA Kulturabteilung 478. Die Angabe bei Zierold, S. 476, daß die DFG dem ICSU erst seit 1954 angehört, ist allen diesen Hinweisen zufolge falsch.

Bedeutung. Doch wählte man weiterhin Westdeutsche und Westberliner zu korrespondierenden Mitgliedern und benutzte bis zum Mauerbau den innerdeutschen Kontakt als Tor zur nichtkommunistischen Welt.⁴²

Im Jahr 1955 waren Mitarbeiter und Akademiemitglieder aus der DAW auf 77 internationalen Tagungen.⁴³ In seinem Bericht auf der Jahrestagung 1955 sagte DAW-Präsident Walther Friedrich, daß die Akademie entweder korporativ oder durch ihre Mitglieder und Mitarbeiter in der Union Académique Internationale, der Internationalen Astronomischen Union, der Internationalen Union für Geodäsie und Geophysik und anderen Vereinigungen vertreten sei.⁴⁴ Nicht in allen Gremien scheint demnach die Frage der »nationalen Mitgliedschaft« oder »nationalen Vertretung« gleich problematisch gewesen zu sein. Beispielsweise nahm die Union Académique Internationale gar keine Staaten, sondern einzelne Akademien auf. Den Antrag auf Aufnahme in den ICSU scheint die DAW dagegen erst 1959 gestellt zu haben. Auf der 9. Generalversammlung des ICSU am 25./28. September 1961 wurde die Aufnahme beschlossen.⁴⁵ Damit gab es zwei deutsche nationale Vertretungen in diesem Verband.

III. DIE DIPLOMATEN SCHALTEN SICH EIN

Nicht nur die Absicht, die Forschungsförderung der verschiedenen Ressorts zu koordinieren, gab einen plausiblen Grund für das Bundeskanzleramt, sich in die Forschungspolitik einzuschalten. Sobald die Auslandsbeziehungen der deutschen Wissenschaft berührt waren, konnte man nicht nur den kulturpolitischen, sondern auch den außenpolitischen Aspekt der Sache betonen. In einer Bundesrepublik mit eingeschränkter Souveränität, die mehr über die alliierten Hochkommissare als auf dem Weg über eigene diplomatische Missionen mit dem Ausland verkehrte, lag die Zuständigkeit für die Auswärtigen Angelegenheiten bei demjenigen, der als Sprecher der Bundesregierung gegenüber den Hochkommissaren auftrat. Das war der Kanzler selbst.

Auch von daher konnte sich also das Bundeskanzleramt in die auswärtigen Wissenschaftsbeziehungen einschalten. Es tat dies zum Beispiel, als die Bundesregierung ihre Aufmerksamkeit den deutschen Kulturinstituten in Italien zuwandte. Diese Institute, deren ältestes als Preußisches Archäologisches Institut schon seit 1829 bestand, waren Renommierstücke der deutschen Kulturpolitik gewesen. Eines davon, die Bibliotheca Hertziana mit ihrem Palazzo Zucchari im Herzen Roms, gehörte seit langer Zeit zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wie nach dem Ersten, so bestand auch nach dem Zweiten Weltkrieg die Gefahr, daß die deutschen Institute, als Feindvermögen beschlagnahmt, dauernd in fremde Hände übergingen.

Dabei kam nicht nur der italienische Staat als neuer Besitzer in Frage. Bei der Behandlung deutschen Vermögens hatte die Alliierte (Kontroll-)Kommission mitzureden, da

42 Vgl. Landrock, S. 114 f., S. 168.

43 Vgl. Landrock, S. 448.

44 »Wissenschaft und Staat sind eng verbunden«. Neues Deutschland, 30. März 1955.

45 Mitteilung des Auslandsreferenten der DFG, Dr. Wiercimok. Vgl. auch die ADN-Meldung vom 27. September 1961 nach: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, hg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte Berlin. Bd. 9, Berlin 1962, S. 494.

auch Italien bis zur Ratifizierung seines Friedensvertrags ein besetzter Staat war. Unter anderem gab es den Plan, die vier deutschen Institute mit archäologischer und historischer Forschungsrichtung zu internationalisieren und sie der Schirmherrschaft der UNESCO und der Internationalen Union für Archäologie, Geschichte und Kunstgeschichte (IUHHA) in Rom zu unterstellen.⁴⁶

Auf einer der ersten Senatssitzungen der Max-Planck-Gesellschaft für die Britische Zone berichtete Senator Prälat Georg Schreiber, er habe bereits die Vermittlung des Vatikans in dieser Sache angerufen.⁴⁷ Werner Heisenberg, der sehr früh wieder eine rege Reisetätigkeit ins Ausland entfaltete, wurde von der Max-Planck-Gesellschaft beauftragt, »anlässlich seines Besuches in Rom, auch mit dem Amerikaner, Herrn Morey, einem maßgebenden Vertreter der Alliierten Kommission, zu verhandeln«⁴⁸.

Am 6. März 1951 gab die Alliierte Hohe Kommission bekannt, daß sie die außenpolitischen Vollmachten der Bundesrepublik Deutschland vergrößert habe und das Besatzungsstatut revidiert worden sei. Das gab Konrad Adenauer die Basis, am 15. März wieder ein selbständiges Auswärtiges Amt zu errichten. Den Posten des Außenministers behielt er selbst. Der bisherige Referent im Bundeskanzleramt, Rudolf Salat, wurde nun als Vortragender Legationsrat Leiter der Abteilung VI, der Kulturabteilung, des neuen Auswärtigen Amtes. An diese Abteilung wandten sich von nun an vorzugsweise die Wissenschaftler mit der Bitte um Unterstützung für Auslandsreisen und auswärtige Projekte.

Das Referat für Auswärtige Wissenschaftsbeziehungen in der Kulturabteilung übernahm Franz Graf Wolff Metternich, der ehemalige rheinische Landeskonservator und Honorarprofessor an der Bonner Universität. Er blieb jedoch auf diesem Posten nicht lange, und das hatte unmittelbar mit der Bibliotheca Hertziana zu tun. 1951 hatte man sich in der Max-Planck-Gesellschaft bereits Hoffnungen gemacht, als Nachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auch die Bibliotheca Hertziana an sich ziehen zu können. Doch ließ das Auswärtige Amt verlauten, es gebe weiterhin Schwierigkeiten mit der Rückgabe. Der Bundeskanzler werde sich persönlich beim französischen Hochkommissar André François-Poncet für die Bestrebungen der Max-Planck-Gesellschaft verwenden.⁴⁹

Trotz aller Bemühungen mußte der Geschäftsführer der Max-Planck-Gesellschaft, Ernst Telschow, am 11. November 1952 dem Senat berichten, daß die Bibliothek immer noch nicht freigegeben sei. Präsident und Senat der MPG beriefen dennoch mit Wirkung vom 1. Januar 1953 Graf Wolff Metternich zum Direktor der Bibliotheca Hertziana.⁵⁰

46 Die Alliierte Kommission hatte die Institute für die Übergangszeit schon der Treuhandschaft der Internationalen Union überlassen. Vgl. UNESCO, Report of the Director General, 1947, S. 51. Das betraf jedoch nur die Verantwortung für den wissenschaftlichen Betrieb. Vgl. Jahrbuch 1961 der Max-Planck-Gesellschaft, Teil II, Göttingen 1962, S. 74.

47 Protokoll der Senatssitzung am 18. Juli 1948 in Göttingen. MPG-Archiv, A2-IA4/-.

48 Protokoll der Senatssitzung am 18./19. März 1949 in Göttingen, MPG-Archiv (wie Anm. 47).

49 Vgl. Notizen für die Senatssitzung am 6. April 1951. Aus dem Besitz des Präsidenten. Bestand Senatsprotokolle, ebd. Zur Beteiligung der Regierungen in Rom, Paris, Washington und London und zu den Bemühungen des Schweizer Professors Pfister, kommissarischer Leiter des Deutschen Archäologischen Instituts, um eine »Internationalisierung« siehe René Hocke: »Um die deutschen Institute in Rom«. Süddeutsche Zeitung, 26. Juli 1952.

50 Vgl. Protokoll der Senatssitzung am 11. November 1952 in Frankfurt, MPG-Archiv, A2-IA4/-.



Feier zur Wiedereröffnung der Bibliotheca Hertziana in Rom am 21. Oktober 1953.
 Von links: Der Präsident der MPG, Professor Otto Hahn, Botschafter von Brentano mit Frau,
 der bisherige Direktor Professor Leo Bruhns; am Rednerpult der neue Direktor, Professor Franz
 Graf Wolff Metternich.

In einem Notenwechsel des Bundeskanzlers mit Italiens Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi wurde schließlich am 27. Februar 1953 festgehalten: »Die italienische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß die ... deutschen Institute ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.« Die Bundesregierung mußte sich verpflichten, daß den Instituten eine selbständige Leitung gegeben und sie wieder in Betrieb gesetzt wurden.⁵¹ Damit war die Angelegenheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik bereinigt. Die Beschlagnahme endete jedoch erst, als die alliierten Regierungen darauf verzichteten, die Kulturinstitute als Feindvermögen in Anspruch zu nehmen. Dies geschah am 30. April 1953. Am 18. Juni 1953 wurde die Bibliotheca Hertziana freigegeben.⁵²

Die Rückgabe der deutschen Kulturinstitute in Italien war ein weiteres Zeichen dafür, daß die Bundesrepublik im europäischen Rahmen nicht diskriminiert werden sollte. Auf dem Höhepunkt der Europabegeisterung, zu einer Zeit, als immer wieder auf das gemeinsame kulturelle Erbe des Abendlands hingewiesen wurde, konnte man es sich nicht leisten, die Stätten zu blockieren, an denen die gemeinsame Aneignung dieses Erbes auch in der Vergangenheit schon funktioniert hatte. Man konnte nicht die Bun-

51 Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland. Hg. vom Auswärtigen Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats. Köln 1972, S. 229.

52 Vgl. Jahrbuch 1961 der MPG, Teil II, S. 74.

desrepublik Deutschland in den Europarat aufnehmen, der sich der kulturellen Zusammenarbeit verschrieben hatte (die Bundesrepublik wurde am 7. August 1950 assoziiertes und am 5. Mai 1951 vollberechtigtes Mitglied), und ihr zum selben Zeitpunkt durch die Internationalisierung ihrer alten Institute bescheinigen, daß sie zur Zusammenarbeit nicht fähig sei.

Die Einschaltung des Auswärtigen Amtes half auch dabei, die unmittelbar nach Kriegsende auf persönlicher Basis wieder angeknüpften Kontakte in den Naturwissenschaften institutionell zu festigen.

Im Sommer 1950 sprach sich der Exekutivausschuß der Internationalen Astronomischen Union für die Zulassung der Deutschen Astronomischen Gesellschaft in den Weltverband aus. Doch fehlte den Deutschen das Geld, um den Mitgliedsbeitrag bezahlen zu können. Auf den Antrag der Astronomen, daß die Bundesregierung über die Deutsche Astronomische Gesellschaft »das Patronat und damit auch die Beitragszahlung übernehmen« möge, antwortete Rudolf Salat zwar, daß die Bundesregierung »gerade auch mit Rücksicht auf die Optik dem Ausland gegenüber« ein solches offizielles Protektorat nicht übernehmen wolle. Das sah zu sehr nach einem Eingriff in die Wissenschaftsautonomie aus. Doch versprach Salat, daß im Haushaltsplan 1951/52 ein eigener Posten für Beitragszahlungen deutscher wissenschaftlicher Gesellschaften an internationale Fachverbände vorgesehen werden solle.⁵³ Die Beziehungen der Deutschen zu der astronomischen Fachunion waren in der Vergangenheit, zumindest, was das Offizielle anging, ebenso von den Querelen um Boykott und Gegen-Boykott behindert gewesen, wie die Beziehungen zum ICSU insgesamt. Und dies, obwohl die Internationale Astronomische Union, wie der Direktor der Bonner Universitäts-Sternwarte, Friedrich Becker, schrieb, »eine der wenigen wissenschaftlichen Organisationen« war, »in denen trotz aller Spannungen bis jetzt noch eine sachliche Zusammenarbeit aller Länder möglich gewesen ist.« 1951 war nun, mit Bonner Hilfe, endlich der Beitritt möglich.⁵⁴

Das Auswärtige Amt wußte, wie wichtig es war, Wissenschaftskontakte auf leise Art zu pflegen. Die Zentrale war dabei manchmal klüger als die Diplomaten vor Ort. In ihrem Bericht von der Nobelfeier am 10. Dezember 1953 in Stockholm hob die deutsche Gesandtschaft hervor, daß die diesjährige Preisverleihung »weitgehend im Zeichen Deutschlands« gestanden habe. Der Chemie-Nobelpreisträger Hermann Staudinger habe »unter den anderen Preisträgern hier als die stärkste Persönlichkeit« gegolten. (Winston Churchill, der für diesen Rang vielleicht auch prädestiniert gewesen wäre, hatte seinen Nobelpreis für Literatur durch seine Frau entgegennehmen lassen.) Der Bericht der Gesandtschaft fährt fort:

»Der deutsche Akzent wurde aber auch dadurch stärker, daß die englischen und amerikanischen Preisträger (für Medizin), die Professoren Hans Adolf Krebs und Fritz Albert Lipman, deutscher Abkunft sind und erst 1933 auf der Flucht vor Hitler Deutschland verlassen haben.«

Auch Lady Churchill habe dies anerkannt, als sie in Gegenwart des Königs von Schweden dem Vertreter der deutschen Gesandtschaft auf deutsch zu den »drei deutschen Preisträgern« gratuliert habe.

⁵³ Aufzeichnung, gez. Salat, 31. Oktober 1950, PA AA, Kulturabteilung 527.

⁵⁴ Becker an das Auswärtige Amt. 26. Mai 1952, PA AA Kulturabteilung 527.

»Einen ähnlichen Glückwunsch hörte ich übrigens häufig auch von anderer Seite, und er war nur deshalb ein wenig peinlich, weil Professor Lipman sich Deutschland und den Deutschen gegenüber überaus zurückhaltend zeigte. Der Grund seines Ressentiments ist darin zu suchen, daß ein großer Teil seiner Familie in Deutschland mit Giftgas ermordet worden sein soll. So war ich auch nicht von der US-Botschaft zu dem Empfang für Professor Lipman eingeladen, obwohl es sonst üblich ist, die beteiligten Nationen dazu zu bitten.«

Es fiel dem deutschen Diplomaten des Jahres 1953 schwer einzusehen, daß Deutschland sich das Recht, »beteiligte Nation« zu sein, durch die Mißhandlung des Laureaten und seiner Familie womöglich verscherzt haben sollte.

Der über siebzigjährige Staudinger, der den Typus des deutschen Gelehrten alten Stils verkörperte, wurde von der schwedischen Presse oft fotografiert. Diese Popularität regte die Gesandtschaft in Stockholm zu dem Vorschlag an, in Zukunft doch öfter Gelehrte in fremde Metropolen zu entsenden.⁵⁵ Doch sagte dazu Abteilung VI in einer Aufzeichnung vom 9. Januar 1954:

»Wissenschaftler vom Rang der vorgeschlagenen Professoren Gerlach, Weizsäcker oder Hahn können nicht nach Schweden »entsandt« werden, um im Rahmen des Kulturinstituts zu sprechen, sondern müssen von einer schwedischen Universität oder Akademie eingeladen sein. Anlässlich einer solchen Einladung könnte dann selbstverständlich auch eine Veranstaltung im Kulturinstitut in das Programm aufgenommen werden.«⁵⁶

In einer am 22. Januar 1954 nach Stockholm erlassenen Verfügung führte das Auswärtige Amt noch einmal aus:

»Es soll ja jeder Eindruck einer deutschen »Kulturpropaganda« peinlichst vermieden werden. Deshalb muß grundsätzlich die Initiative zu derartigen Reisen aus dem Gastland durch entsprechende Einladungen kommen.«⁵⁷

Daß dieser Schriftwechsel über die Möglichkeiten, mit der Wissenschaft im Ausland zu werben, gerade mit Stockholm geführt wurde, war kein Zufall. Das Ansehen der deutschen Wissenschaft hatte auch diesmal – wie 1914/18 – bei den Neutralen oder denen, die nur nominell Kriegsgegner gewesen waren, weniger gelitten. Das zeigte sich an den Besuchen lateinamerikanischer Wissenschaftler bei der Max-Planck-Gesellschaft. 1951/52 verhandelten verschiedene Professoren, darunter Karl Friedrich Bonhoeffer, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker, sowie Ernst Telschow und Otto Hahn mit Brasilianern über den Austausch von Wissenschaftlern zwischen beiden Ländern.⁵⁸

Wenn Ausländer kamen, um Max-Planck-Institute zu besichtigen, konnten sie auf bevorzugte Behandlung durch die Bundesregierung rechnen, besonders dann, wenn sie Einfluß auf Exportgeschäfte besaßen. Abteilung VI gab der MPG eine Meldung aus Santiago weiter, wonach man daran denke, nach ihrem Vorbild in Chile eine Wissenschaftsorganisation zu gründen.⁵⁹

55 Gesandtschaft in Stockholm an das Auswärtige Amt. 23. September 1953. PA AA Kulturabteilung 481.

56 Aufzeichnung, gez. Salat. 9. Januar 1954. PA AA Kulturabteilung 481.

57 Auswärtiges Amt an Gesandtschaft Stockholm, 22. Januar 1954. PA AA Kulturabteilung 481.

58 Vgl. Jahrbuch 1952 der MPG, S. 10.

59 Auswärtiges Amt an MPG, 25. Juni 1952, MPG-Archiv, A2-IM2/-Chile.

In Istanbul bestand 1953 noch eine ganze Kolonie von deutschem Universitätspersonal. Es handelte sich um Emigranten, die Kemal Atatürk 1933 als Professoren berufen hatte, um Flüchtlinge aus den Ostgebieten sowie um Sowjetzonenflüchtlinge, die ab 1947 zu diesem Kreis gestoßen waren.

Die deutschen Wissenschaftler in der Türkei nahmen für sich in Anspruch, daß sie durch die Gewöhnung des türkischen Nachwuchses an Beziehungen zu Deutschland eine Menge von Aufträgen für die deutsche Wirtschaft gesichert hätten. Inzwischen nehme jedoch die Konkurrenz englischer und französischer Wissenschaftler zu, »die von ihren Heimatländern mit vollen Gehältern ausgestattet werden und der Türkei darum nichts kosten«. Eine »parteiische Auslegung des Wiedergutmachungsgesetzes durch das Bundesinnenministerium« erschwere die Rückberufung der Deutschen.⁶⁰ Dennoch löste sich die deutsche Kolonie in der Türkei im Lauf der fünfziger Jahre auf, die meisten Mitglieder gingen entweder in die USA oder nach Deutschland zurück.⁶¹

Auch andere weniger entwickelte Länder wußten die deutsche Wissenschaft zu schätzen. So erhielt 1950 das Wissenschaftliche Mitglied des Max-Planck-Instituts für Züchtungsforschung, Leiter der Forschungsstelle für Pflanzenbau und Züchtungsbiologie, Arnold Scheibe, einen Ruf nach Afghanistan, wo er schon früher durch seine Forschungstätigkeit bekanntgeworden war. Man machte ihm ein außerordentlich günstiges Angebot und versprach Gehaltszahlung in Pfund Sterling.⁶² Der Präsident der Serbischen Biologischen Gesellschaft trat Ende 1953 wegen Austausch von Wissenschaftlern zwischen Deutschland und Jugoslawien an die MPG heran.⁶³

Die am meisten fortgeschrittenen Länder mit den USA an der Spitze waren natürlich als Abwerber am gefährlichsten. Umgekehrt gestaltete es sich schwierig, gute Forscher hereinzuholen. So fand sich zum Beispiel in der Bundesrepublik kein geeigneter Nachfolger für Fritz Straßmann, der seine Stellung im Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz 1953 aufgegeben hatte. Der Ruf ging deshalb zunächst an Klaus Clusius in Zürich. Nachdem dieser abgelehnt hatte, antwortete auch Paul Harteck, der als Deutscher in den USA tätig geworden war, er könne vorläufig nicht zurück. So empfahl die Kommission dem Senat, »einen hervorragenden ausländischen Gelehrten als Gastprofessor heranzuziehen«.⁶⁴ Offenbar bestand die Hoffnung, daß sich ein Ausländer für einen befristeten Zeitraum eher finden lasse.

Max Hartmann, Wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Biologie, suchte jahrelang vergeblich, einen Biologen seiner Fachrichtung zu finden, der in seiner Abteilung der Nachfolger werden konnte. »Herr Professor Stern, ein führender Genetiker in den USA, könne sich nicht entschließen, nach Deutschland zu kommen.« Da es in Deutschland keinen führenden Genetiker gab, mußte die Ausrichtung des Instituts nach der Emeritierung Hartmanns auf ein anderes Gebiet umgestellt werden.⁶⁵

60 »Memorandum über die deutschen Professoren an den türkischen Universitäten«. Istanbul, den 15. November 1953. MPG-Archiv, A2-IM2/-Dt.-ausl. wiss. Beziehungen.

61 Vgl. Fritz Neumark, *Zuflucht am Bosphorus. Deutsche Gelehrte, Politiker und Künstler in der Emigration 1933–1953*. Frankfurt/M. 1980, S. 226–229.

62 Vgl. Notizen zur Tagesordnung der Senatssitzung am 28. April 1950, MPG-Archiv, A2-IA4/-.

63 Vgl. Protokoll der Senatssitzung am 29. Januar 1954 in Düsseldorf, MPG-Archiv, A2-IA4/-.

64 Protokoll der Senatssitzung am 20. Mai 1953 im Harnack-Haus, MPG-Archiv, ebd.

65 Protokoll der Senatssitzung am 24. Februar 1956 in Heidelberg, ebd.

Hier machte es sich natürlich bemerkbar, daß eine ganze Generation im Forschernachwuchs fehlte. Wenn das Prestige der deutschen Wissenschaft nach 1945 nicht vollständig gebrochen war, so gründete es sich doch auf lange zurückliegende Leistungen. Die deutsche Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg glich einem Koloß, der noch weiterwankt, obwohl man ihm bereits seinen Todesstoß versetzt hat. Der Ruhm der deutschen Gelehrsamkeit, gebunden an eine ältere Generation vorzüglicher Forscher, erlebte noch einen matten Nachglanz, bis er um 1960 endgültig verblich.

IV. JENSEITS NATIONALER DIMENSIONEN

Die Chancen zu einem Neubeginn kamen nicht in den alten Formen. Dazu reichte weder der Wiedereintritt der Max-Planck-Gesellschaft in die internationale Forschungsstation auf dem Jungfrauoch⁶⁶, noch die Rettung des Gmelin-Instituts aus einer großen Finanzkrise.⁶⁷ Der Anstoß kam aus einer anderen Umgebung, aus den neugeschaffenen internationalen und supranationalen Einrichtungen.

Die Amerikaner hatten mit ihrem Versprechen des Marshallplans, aus dem übrigens auch Mittel für die angewandte Forschung bereitgestellt wurden⁶⁸, die Forderung verbunden, daß sich die Empfängerländer der Marshallplanhilfe über die Erfordernisse des europäischen Wiederaufbaus zu verständigen hätten. Damit wurden die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele, die ein Staat haben kann, zwar nicht der Souveränität der Regierungen entzogen, aber doch zum ersten Mal ein fester organisatorischer Rahmen dafür geschaffen, daß diese Ziele in Zusammenarbeit und gegenseitigem Einvernehmen angesteuert wurden. Die am 16. April 1948 gegründete Organization for European Economic Cooperation (OEEC) war, wie der Marshallplan selbst, von Anfang an auch in den Zusammenhang der Systemkonkurrenz und des Ost-West-Konflikts gestellt. Diese Auseinandersetzung wiederum war für die Integration der deutschen Wissenschaft in die vom Westen dominierte (größere) Welthälfte sehr förderlich.

Zu den ständigen Ausschüssen der OEEC, in denen sämtliche interessierte Länder durch Mitglieder ihrer ständigen Delegationen in Paris oder durch Angehörige der zuständigen Ministerien vertreten waren, gehörte auch ein Ausschuß für Produktivität und angewandte Forschung.⁶⁹ Eine OEEC-Delegation mit 25 Teilnehmern aus Westeuropa und 3 Amerikanern bereiste acht Wochen lang mehrere Marshallplanstaaten, um »den innereuropäischen Erfahrungsaustausch über Maßnahmen zur Förderung der industrienahen Forschung zu beleben«⁷⁰. Am 24. Oktober 1951 empfing auch Otto Hahn in Göttingen diese OEEC-Mission⁷¹.

66 Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates der MPG am 12. September 1951 in München, MPG-Archiv, A2-IA4/-.

67 Vgl. Protokoll der Senatssitzung am 18. November 1949 in Göttingen, ebd.

68 Vgl. Stamm, Zwischen Staat und Selbstverwaltung (wie Anm. 17), S. 143.

69 Vgl. Der Europäische Wirtschaftsrat. Handbuch, hg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bonn 1956, S. 20.

70 Es handelte sich um OEEC-Projekt Nr. 81. Vgl. »Die Förderung der wirtschaftsnahen Forschung in Westeuropa. Ein Reisebericht von Dr. J. Pretsch, Oberregierungsrat im Bundesministerium für Wirtschaft«. 11. Juni 1952, MPG-Archiv, A2-IM2/2.

71 Vgl. Pretsch an Hahn, 11. Juni 1952, ebd.

Soweit die Forschung betroffen war, gehörten die Aktivitäten der OEEC in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wirtschaft, das ein eigenes Forschungsreferat hatte. Der Referent, Oberregierungsrat Joachim Pretsch, hatte seine Laufbahn bei der Militärregierung in Göttingen begonnen. In seinem Bericht über die OEEC-Europareise stellte er nun fest, daß der Aufwand für die wirtschaftsnahe angewandte Forschung immer größer werde. Die Industrie werde forschungsbewußter werden, und bei den Wissenschaftlern müsse das Interesse für kaufmännische Gesichtspunkte wachsen. Man werde neue Einrichtungen der »Gemeinschaftsforschung« benötigen, in denen ein ganzer Industriezweig sich zusammenschlüsse. Das traditionelle Übergewicht der Hochschullehrer sei nicht mehr zeitgemäß. In einem »nationalen Forschungsrat« könnten die Probleme der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat behandelt werden, und ein solcher Forschungsrat könne dann auch die Brücke über nationale Grenzen hinweg schlagen.⁷² Pretsch ging nicht darauf ein, daß der Deutsche Forschungsrat sein eigenständiges Dasein gerade aufgegeben hatte. Ihm schien für die Bedürfnisse der Industrie nicht genügend gesorgt.

Das Resultat einer Amerikareise, die Pretsch unternahm, war, daß man zu Hause über die Arbeitsweise der sogenannten Non-profit-Institute besser Bescheid wußte. Eine Gruppe von Direktoren solcher Non-profit-Institute besuchte anschließend die Bundesrepublik.⁷³ Im August 1951 kamen sie auch zur Max-Planck-Gesellschaft.⁷⁴ Den Amerikanern fiel vor allem die Bewunderung der Deutschen für die Autorität des einzelnen großen Mannes auf und die Neigung, Wissenschaft überwiegend vertikal statt, wie in den USA, horizontal zu organisieren. Sie regten die Bildung eines Industrieforschungsrats für die Bundesrepublik Deutschland mit etwa zweihundert »hervorragenden, führenden Persönlichkeiten der Industrie, der Finanz, der Wissenschaft, der Geschäftswelt, der Wirtschaft, der Erziehung, der Regierung und der Arbeiterschaft« an.⁷⁵

Während der vorgeschlagene Industrieforschungsrat bis heute nicht eingerichtet wurde, war man doch in der Bundesrepublik begierig, von den Amerikanern zu lernen. Das sah man an der Errichtung des »Rationalisierungskuratoriums für die Deutsche Wirtschaft« und daran, daß Frankfurt der Ort war, wo im Oktober 1952 der Grundstein für das erste »Battelle-Memorial-Institute« Europas gelegt wurde.⁷⁶

Nicht zuletzt wurde die OEEC ein Pate der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM, obwohl ihr selbst dadurch Einflußmöglichkeiten entgangen sind. Auf der Sitzung des Rats der OEEC am 11. Januar 1954 wurde der Generalsekretär beauftragt, weiteres Material und Vorschläge zur europäischen Energieversorgung vorzulegen. Es war das aus diesem Auftrag hervorgegangene, am 24. Mai 1955 präsentierte Gutachten von Louis Armand, dem Vorsitzenden des Ausschusses für industrielle Ausrüstung beim

72 »Die Förderung der wirtschaftsnahen Forschung« (wie Anm. 70).

73 OEEC-Projekt 84. »Bericht der amerikanischen Wissenschaftlerdelegation. (OEEC-Mission)«. Frankfurt/M. RKW-Auslandsdienst 1952.

74 Vgl. Pretsch an Hahn, 11. Juni 1952, MPG-Archiv, A2-IM2/2, auch Jahrbuch 1952 der MPG, S. 10f.

75 »Bericht der amerikanischen Wissenschaftlerdelegation.« (wie Anm. 73).

76 Vgl. »Ein privates Laboratorium für die Industrie«, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. November 1952.

französischen Kommissariat für Atomenergie, das als Ausgangspunkt für die weiteren Planungen bei der Gründung von EURATOM gedient hat.⁷⁷

Größtmögliche Integration, Aufnahme eines demokratisch reorganisierten Deutschland in die Völkergemeinschaft war von Anfang an das Ziel, mit dem die Kulturorganisation der Vereinten Nationen UNESCO in Deutschland tätig wurde. Ganz im Gegensatz zu den Gremien der Vereinten Nationen, die der internationalen Sicherheit dienen sollten, und wo die ehemaligen Feindstaaten deutlich diskriminiert waren⁷⁸, wandte man sich in der UNESCO wie in anderen Unterorganisationen den Deutschen mit einem Vorschuß an gutem Willen zu.

Dieser gute Wille wurde freilich nur unter der Voraussetzung aufgebracht, daß die Deutschen Aufgeschlossenheit für ihre re-education bewiesen und sich gegen den paternalistischen Charakter dieser Zuwendung nicht sträubten.⁷⁹

Schon auf der zweiten Generalversammlung im November und Dezember 1947 in Mexiko-Stadt war der Beschluß gefaßt worden, daß die UNESCO in Deutschland tätig werden solle. Der Alliierte Kontrollrat in Berlin konnte sich jedoch schon nicht mehr darauf einigen, mit der Weltorganisation Verhandlungen aufzunehmen. (Der Kontrollrat fiel am 20. März 1948 auseinander, aber die Sowjetunion hielt sich ohnehin von der UNESCO-Arbeit fern.) Daraufhin wandte sich die UNESCO-Verwaltung an die einzelnen Militärgouverneure. Positive Antwort erhielt sie nur aus den drei Westzonen.⁸⁰

Da die Deutschen noch nicht berechtigt waren, für sich selbst zu sprechen, setzte UNESCO-Generaldirektor Julian Huxley eine Expertenkommission ein, die ihn bei der Arbeit in Deutschland zu beraten hatte. Die Ost-West-Polarisierung spiegelte sich auch in der Zusammensetzung dieser Kommission wider. Ihre sieben Mitglieder stammten sämtlich aus Ländern, die sich der NATO anschlossen. Die Regierung der Tschechoslowakei dagegen, die man zur Mitarbeit aufgefordert hatte, benannte keinen Vertreter.⁸¹

Die westlichen Besatzungsbehörden wurden um Auskunft darüber gebeten, welche wissenschaftlichen Organisationen und Einrichtungen zur Zeit in Deutschland aktiv waren, über deren führendes Personal und über die wichtigsten Hersteller wissenschaftlicher Ausrüstungen. Auf den Rat der britischen Verwaltung hin setzte sich die UNESCO anschließend mit dem Deutschen Forschungsrat in Verbindung, um weitere Informationen über die Arbeit der deutschen Forschungsstätten zu erhalten.⁸²

Der Idealismus, mit dem am Ende des Zweiten Weltkriegs die supranationalen und internationalen Institutionen aufgebaut und mit Leben erfüllt werden sollten, fand bei

77 Vgl. Helmut Drück: Die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie innerhalb Europas. Frankfurt/Main 1959, S. 55.

78 Vgl. die Artikel 106 und 107 der UN-Charta.

79 Zunächst glaubte die UNESCO, ihre Aktivitäten in Deutschland gegenüber der Öffentlichkeit in den Ländern der Kriegsgegner rechtfertigen zu müssen. Dazu diente der vorgebrachte Zweck der re-education, die von einer Organisation wie der UNESCO mit weit größerem Erfolg durchgesetzt werden könne, als von den Besatzungsbehörden selbst. Vgl. Report of the Director General. Paris 1948, S. 17.

80 Vgl. Report of the Director General 1948, S. 16f.

81 Vgl. Report of the Director General 1949, S. 111.

82 Vgl. Report of the Director General 1949, S. 110.

den Wissenschaftlern ein breites Echo. Viele von ihnen wollten den Beweis dafür antreten, daß es ein Wissenschaftsethos, wie von General Clay in seiner Antwort an Otto Hahn skizziert, tatsächlich gab. Sie wollten diesem Traum Realität verleihen.

Schon im Herbst 1946 beantragte Henri Laugier, der Sprecher der französischen Delegation zum Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, die Einrichtung von Laboratorien für die Naturwissenschaften, die unter dem Protektorat der Vereinten Nationen stehen und aus deren Etat finanziert werden sollten.⁸³

Für diesen Gedanken fand sich ein gedeihliches Klima. Er ging nicht mehr unter, sondern wurde unter anderem auf den Kulturtagungen der Europäischen Bewegung in Lausanne und Genf 1949 und 1950 weiter beraten. Auf der fünften UNESCO-Generalversammlung in Florenz setzte der amerikanische Physiker und Regierungsberater Isador Rabi die Resolution Nr. 2.2.1 durch, in der die Schaffung gemeinsamer Forschungsinstitute für die Nachbarstaaten einzelner Regionen gefordert wurde. Obwohl dies aus der neutralen Formulierung dieser Resolution nicht hervorging, darf man annehmen, daß Rabi hier mit Billigung Washingtons besonders an eine Stärkung Westeuropas dachte, die der Position des Westens im Kalten Krieg zugute kommen sollte.⁸⁴

Für viele UNESCO-Aktivisten, darunter auch für Pierre Auger, den Physiker und Direktor der Abteilung für exakte und Naturwissenschaften im Exekutivbüro der UNESCO, stand schon früh fest, daß ein solches internationales Laboratorium zuerst auf dem Gebiet der Kernforschung, und zwar im Hochenergiebereich entstehen sollte. Auf diesem Sektor der Forschung hatte kein europäisches Land mehr für sich allein eine Chance, und die Europäer insgesamt sahen sich in der Gefahr, von Einladungen in amerikanische Forschungszentren vollständig abhängig zu werden.⁸⁵ Bei der Expertentagung, die vom 23. bis 25. Mai 1951 unter Augers Leitung in Paris Kosten und Ausstattung eines europäischen Teilchenbeschleunigers abschätzte und der UNESCO einen Entwurf vorlegte, war noch kein deutscher Physiker beteiligt.⁸⁶ Die Einladung Werner Heisenbergs und Carl Friedrich von Weizsäckers zu einem Kongreß ehemaliger Schüler und Mitarbeiter von Niels Bohr mit über 130 Atomforschern in Kopenhagen bewies aber fast zur gleichen Zeit, daß die Deutschen wieder als Angehörige der internationalen Gemeinschaft der Kernforscher angesehen wurden.⁸⁷

83 Vgl. Robert Jungk, *Die große Maschine. Auf dem Weg zu einer anderen Welt*. Bern 1966, S. 45; Dominique Pestre: *The First Suggestions*. In: Armin Hermann, John Krige, Ulrike Mersits, Dominique Pestre, *History of CERN*. Vol. 1: *Launching the European Organization for Nuclear Research*. Amsterdam 1987, S. 64.

84 Vgl. Pestre, S. 83f.

85 Das Ziel, eine einseitige Abhängigkeit von Amerika zu vermeiden, ist das Hauptargument in dem UNESCO-Dokument über die Pariser Expertentagung vom 23. bis 25. Mai: »Mögliche Errichtung eines regionalen Laboratoriums für Kernphysik«. Übersetzt vom Sprachendienst des Auswärtigen Amts. PA AA, Kulturabteilung 285. Als UNESCO-Dokument trägt der Bericht die Nummer NS/PN/1. Zur Konferenz und den Quellen darüber siehe auch Dominique Pestre, *The period of informed optimism*, in: Hermann et al., *History of CERN*, S. 131, 144, 146.

86 Vgl. die Teilnehmerliste in dem Bericht (Anm. 85): H. Alfvén (Schweden), E. Amaldi (Italien), E. Capron (Belgien), O. Dahl (Norwegen), F. Goward (Großbritannien), Heyn (Niederlande), L. Kowarski, F. Perrin (Frankreich), P. Preiswerk (Schweiz), P. Auger, J. A. Mussard, E. Regenstreif (UNESCO).

87 Vgl. Botschaft Kopenhagen an das Auswärtige Amt. 11. Juli 1951. PA AA Kulturabteilung 285.

Hinzu kam, daß die Bundesrepublik Deutschland auch in ihrem Verhältnis zur UNESCO dem Schülerstatus entwachsen war. Am 21. Juni 1951 wurde sie gleichberechtigtes Mitglied dieser Organisation.⁸⁸ So wurde auch Bundeskanzler Adenauer einbezogen, als sich am 31. August desselben Jahres der Generalsekretär der UNESCO, Jaime Torres Bondet, an die Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten wandte, um anzukündigen, daß er nach einer vorbereitenden Prüfung der Voraussetzungen für die Errichtung eines regionalen europäischen Kernforschungszentrums im Dezember 1951 eine Konferenz einberufen wolle, an der jetzt nicht nur interessierte Wissenschaftler, sondern auch Regierungsdelegierte teilnehmen sollten. Gleichzeitig übersandte der Sekretär den Abschlußbericht des Pariser Treffens vom Mai.⁸⁹

Bei einer Besprechung, die am 16. November 1951 in den Diensträumen der Abteilung VI des Auswärtigen Amts stattfand, und an der sich Oberregierungsrat Schaar vom Bundesministerium des Innern, Professor Ludwig Raiser als »Vertreter des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft« und Professor Graf Wolff Metternich von der Abteilung VI beteiligten, wurde entschieden, die Entsendung einer deutschen Delegation auf diese Konferenz im Dezember zu empfehlen. Seine wissenschaftliche Bedeutung – man wollte ein Elektronen-Synchrotron bis zu einer halben Milliarde Elektronenvolt sowie ein Protonen-Betatron bauen – wurde von den deutschen Sachverständigen, darunter Heisenberg, anerkannt.⁹⁰

Heisenberg, der in den vierziger und fünfziger Jahren neben Otto Hahn die deutsche Atomwissenschaft schlechthin repräsentierte, wurde ausersehen, wissenschaftlicher Delegierter für die Gründungskonferenz zu werden. Als Verwaltungsmann gab man ihm keinen Beamten eines Bundesministeriums bei, sondern den Senatsreferenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Alexander Hocker. Heisenberg erhielt vom Auswärtigen Amt die Weisung, sich für Genf als Standort der geplanten Anlage auszusprechen.⁹¹

Nach seiner Rückkehr von der Gründungskonferenz in Paris berichtete Heisenberg an Staatssekretär Walter Hallstein:

»Wissenschaftlich hat das Projekt eine außerordentlich große Bedeutung, da es wohl die einzige Möglichkeit bietet, in Europa den großen Vorsprung Amerikas auf diesem Teilgebiet der Kernphysik aufzuholen . . . Einen unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen für Deutschland verspricht die Teilnahme an dem Projekt jedoch nicht.«

88 Als die UNESCO im Januar 1952 mit einer Feierstunde im Plenarsaal des Bundeshauses ihre erste repräsentative Veranstaltung auf deutschem Boden abhielt (vgl. Stuttgarter Zeitung vom 15. Januar 1952), war auch Otto Hahn als Vertreter der MPG dabei (vgl. Jahrbuch 1952 der MPG, S. 10). Vertreter der MPG in der Deutschen UNESCO-Kommission wurde zunächst Carl Friedrich von Weizsäcker, ab 1953 Karl Friedrich Bonhoeffer. (Vgl. Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 25. März 1953 in Düsseldorf, MPG-Archiv, A2-IA4a.)

89 UNESCO-Dokument NS 240185. Übersetzt vom Sprachendienst des Auswärtigen Amts. PA AA Kulturabteilung 285.

90 Vermerk. »Besprechung über den Plan eines europäischen Laboratoriums für Atomforschung in den Diensträumen der Abt. VI des Auswärtigen Amts. 16. November 1951. PA AA Kulturabteilung 285.

91 Vgl. Salat an Heisenberg, 12. Dezember 1951, PA AA Kulturabteilung 285. Heisenbergs Nominierung geschah durch einen Senatsbeschluß der deutschen Forschungsgemeinschaft vom 29. Oktober 1951. Vgl. Armin Hermann, Germany's part in the setting up of CERN. In: Hermann et al., History of CERN, S. 396 f. Zur Bewertung von Heisenbergs Nominierung siehe Hermann, Germany's part, S. 398 f.

Heisenberg glaubte, sich »im Namen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (deren Vizepräsident er war) dafür einsetzen zu sollen«, daß die Bundesrepublik Deutschland wenigstens an der weiteren Planungsetappe beteiligt blieb.⁹² Für ihn waren wirtschaftliche Gesichtspunkte sowieso nur dann maßgebend, wenn sich damit Geldgeber umstimmen ließen, die anders nicht gewonnen werden konnten. Auch das Auswärtige Amt dachte nicht an kurzfristige Rentabilität. Wenn man jetzt mitwirke, schrieb Salat an den Bundesminister der Finanzen, werde man auch auf die Stellenbesetzungen am neuen Forschungszentrum Einfluß haben, während man bei einer späteren Beteiligung auch mit viel Geld keinen maßgebenden Anteil an den repräsentativen Positionen in der Forschung oder der Leitung der Anlage werde erhalten können. Für die Bundesrepublik biete sich hier auch die günstige Möglichkeit, völlig legal die Forschungsverbote der Besatzungsmächte in der Atomphysik zu umgehen.⁹³

Der Vertrag über die zweite Planungsetappe eines europäischen Kernforschungslaboratoriums wurde am 15. Februar 1952 durch Heisenberg in Genf unterzeichnet.⁹⁴ Damit war der Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire – CERN – auf den Weg gebracht. Bei allen diesen Konferenzen fehlten die Staaten des Ostblocks, obwohl sie zum Beitritt aufgefordert waren. Sie bezeichneten das Laboratorium als eine »amerikanische Gründung«⁹⁵, obwohl der Plan, das Labor aus Marshallplan-Gegenwertmitteln zu finanzieren, nicht in Erfüllung gegangen und die Unabhängigkeit der Europäer von den amerikanischen Großbeschleunigern ein Hauptzweck des Unternehmens war. Im Fall des CERN wie im Fall der Aufnahme in die UNESCO hatte Bonn schon deswegen, weil die Sowjetunion nicht beteiligt war, keine Konflikte um die Alleinvertretung Deutschlands zu fürchten. Der UNESCO gehörten 1949 von den Ostblockstaaten erst die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen an. Bis 1954 hielt sich die UdSSR von der UNESCO fern. Da die Entwicklungsländer zu dieser Zeit noch gering an Zahl und ohne Einfluß waren, stellte die Arbeit dieser Unterorganisation der Vereinten Nationen eine fast rein westliche Angelegenheit dar. Der Idealismus, mit dem man anfangs die Arbeit betreiben wollte, brauchte sich deshalb zunächst einer entscheidenden Bewährungsprobe nicht zu stellen.

Für die Bundesrepublik Deutschland hatte sich jedenfalls der Weg in eine der erfolgreichsten internationalen Einrichtungen überhaupt geebnet. Heisenberg machte man zum Vorsitzenden des Scientific Policy Committee im CERN, er hatte damit die Arbeitsplanung zu leiten.⁹⁶

Als die Bundesrepublik Deutschland am 5. Mai 1955 die volle außenpolitische Souveränität erhielt, hatte sie trotz aller Einschränkungen und allen geschichtlich bedingten Mißtrauens schon seit mindestens vier Jahren erfolgreich in internationalen Gremien

92 Heisenberg an Hallstein, 23. Dezember 1951. PA AA Kulturabteilung 286.

93 Auswärtiges Amt (gez. Salat) an das Bundesministerium der Finanzen, 30. Januar 1952. PA AA Kulturabteilung 286.

94 PA AA Kulturabteilung 287. – Heisenberg erhielt dazu eine Vollmacht des Bundespräsidenten Theodor Heuss, da es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag handelte. Vgl. Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes (von Haefen) an das Bundespräsidialamt, 7. Februar 1952. PA AA Kulturabteilung 286.

95 Jungk, S. 70.

96 Vgl. Armin Hermann, Werner Heisenberg in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek 1976, S. 97.

mitgearbeitet. Die Integration war das Mittel gewesen, mit dem die Besorgnisse der europäischen Nachbarn gedämpft worden waren, angefangen bei den Schlüsselindustrien Kohle und Stahl nach dem Schumanplan. Diese Integration hat auch in der Wissenschaftspolitik geholfen, den Deutschen einen neuen Anfang zu verschaffen. Die Veränderungen geschahen ohne großes Aufsehen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft stellte erst 1956 einen eigenen Referenten für Auslandsangelegenheiten ein⁹⁷, und die Max-Planck-Gesellschaft benötigte nicht weniger lange Zeit. »Auslandsbeziehungen« begannen erst 1960 ein Thema auf den Senatsitzungen der MPG zu werden, nachdem man sie schon jahrelang, wenn auch weniger auf der Basis der Gesellschaft als durch Einzelwissenschaftler, in neuen Verbindungen erfolgreich gepflegt hatte.

Einen weiteren Aufschwung erlebte die internationale Verflechtung der Wissenschaft in diesen Folgejahren rund um den Globus. Der ICSU veranstaltete 1957/58 das Internationale Geophysikalische Jahr, das außerordentlich erfolgreich verlief. Der Start der Bundesrepublik Deutschland in den Weltraum vollzog sich natürlich mit Hilfe der Amerikaner, aber auch durch die European Launcher Development Organization (ELDO) und die European Space Research Organization (ESRO), die heute in der European Space Agency (ESA) zusammengefaßt sind.

97 Vgl. Mitteilungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft 2/1965, S. 1.